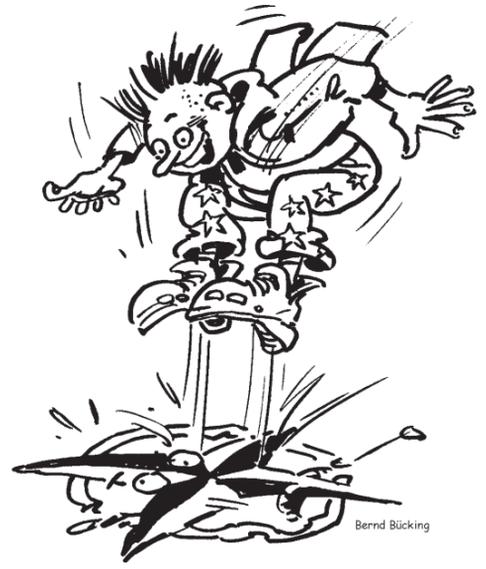


PROTESTE

GEGEN DIE NATO KRIEGSTAGUNG

9./10. FEBRUAR 2007 IN MÜNCHEN



Während sich die Kriegs-Strategen und ihre Helfershelfer hinter Absperrgittern und Polizeihundertschaften verschansen, werden auf den Straßen Münchens wieder Tausende demonstrieren. Gründe zu Protest und Widerstand gibt es mehr als genug: Den andauernden Kriegs- und Besatzungsterror in Afghanistan und im Irak, die Folterpraxis, Waffenexporte und die milliardenteure Aufrüstung für Militär-Interventionen, weltweite Ausbeutung und Unterdrückung, rasante Demontage sozialer Sicherungssysteme, Abschiebung und Entrechtung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Es reicht: Die Kriegsplaner dürfen nicht durchkommen. No justice – No peace!

Der diesjährige Aufruf unter dem Motto „Stoppt Folter und Kriegsterror – Für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit“ wurde von 70 Organisationen und Initiativen unterzeichnet (siehe Seite 2).

Die Übersicht über eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen schon im Vorfeld der Großdemonstration gegen die NATO-Militärtagung finden Sie auf Seite 4.



Hunderte dieser Plakate waren bei den Demonstrationen letztes Jahr zu sehen. Rund 50 Demonstranten wurden festgenommen. Die Polizei leitete Ermittlungsverfahren wegen „Beleidigung“ ein, die sämtlich eingestellt werden mussten, da Donald Rumsfeld zu feige war Strafverfolgungsantrag zu stellen. Schade eigentlich: Wir hätten gern vor Gericht den Wahrheitsbeweis angetreten.

Siko-Etikettenschwindel:

„Frieden durch Dialog“

„Die beste Verteidigung ist ein guter Angriff“

Paul Wolfowitz, stellvertr. US-Kriegsminister auf der Sicherheitskonferenz 2002 in München

Seit es im Februar 2002 erstmals zu Massenprotesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz (Siko) kam, versuchen die Veranstalter verzweifelt, ihrer Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben. Der Organisator Horst Teltschik gerät immer mehr unter Rechtfertigungsdruck. Auf der offiziellen Homepage behauptet er, die Konferenz befasse sich „ausschließlich mit der Frage, wie Konflikte friedlich gelöst werden können“.

Vor zwei Jahren erfanden die Veranstalter ein neues Motto für die Konferenz: „Frieden durch Dialog“ – ein Etikettenschwindel! Dieser Dialog zwischen den NATO-Militärstrategen kostet Hunderttausende das Leben.

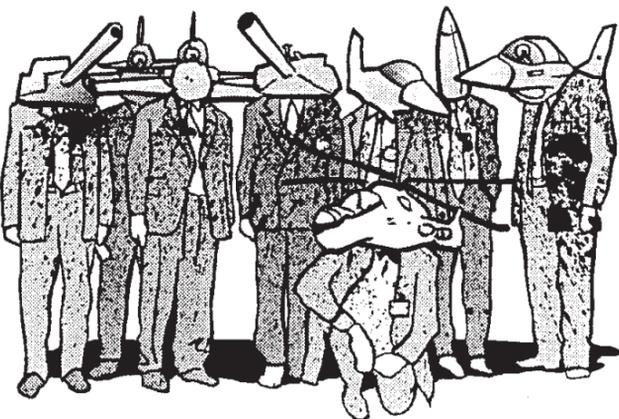
Ihr Rezept ist immer das gleiche und hat sich bewährt: Man schürt Spannungen und Konflikte, unterstützt despotische Regime, Rebellengruppen und Terrororganisationen, liefert Waffen an alle Beteiligten, um dann zur Rettung

der Menschen militärisch zu intervenieren. Krieg heißt dann „Friedensmission“ und dient vorwiegend dazu, sich die Kontrolle über Rohstoffe und Energieressourcen zu sichern.

Unter Sicherheit verstehen die NATO-Strategen: Sicherheit für die Kapitalinvestitionen der Multis, sicheren Zugang zu den Ölquellen im Nahen und Mittleren Osten, sichere Abschottung der Grenzen vor Flüchtlingen aus den Kriegsregionen und den armen Ländern des Südens.

Nicht zufällig findet deshalb, in Kooperation

mit der 43. NATO-Militärtagung, wieder eine Industrie- und Banken-Konferenz am 9. Februar in München statt. Die „2. Finanzierungskonferenz Nordafrika-Mittelost“ befasst sich schwerpunktmäßig mit neuen Chancen wechselseitiger Kapitalinvestitionen. Am Abend nehmen die Wirtschafts- und Bankenbosse an der Eröffnungsveranstaltung der NATO-Kriegstagung im Bayerischen Hof teil. Das Zusammenspiel von wirtschaftlichen Interessen mit den militärischen Planungen der NATO könnte deutlicher kaum in Szene gesetzt werden. ■



Krieg ist ihr Geschäft Für den Profit der Reichen gehen sie über Leichen

Bis heute hat Horst Teltschik sein Geheimnis nicht gelüftet, was ausgerechnet die Bosse der weltweit größten Rüstungskonzerne – die regelmäßig eingeladen sind – zu einem „Friedensdialog“ beizutragen hätten.

Ein Zeitalter ohne Kriege? Das wäre wohl das Schlimmste, was sie sich vorstellen könnten. So untauglich Kriege sind, um Konflikte zu lösen, so unverzichtbar sind sie für die Produzenten des Todes. Steigende Aktienkurse und Profite verdanken sie den Milliarden-Aufrüstungs-

programmen und dem weltweiten Waffenhandel. Für sie sind „Instabilität“, Unruhen, Krisen und Konflikte eine unabdingbare Voraussetzung für den Geschäftserfolg ihrer Firmen und folglich für ihre persönlichen Karrieren.

Horst Teltschik selbst ist Deutschlandpräsident von BOEING, einem der größten Hersteller von Militärflugzeugen. Welch absurde Vorstellung: Er und die anderen Top-Manager aus der Rüstungsindustrie würden sich und ihre Aktionäre schädigen. Sie wären ihre Posten bald los.

Unternehmen, Konzerne und Wirtschaftsvertreter bei den letzten Sicherheitskonferenzen

AEG-European Advisory Group ■ Barbour Griffith & Rodgers (USA) ■ BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie (BRD) ■ BOEING, weltweit größter Luft- und Raumfahrt-Konzern (USA) ■ Booz Allen Hamilton, Wirtschafts-Institut (USA) ■ BMW, Stiftung Herbert Quandt (BRD) ■ CNC AG, Metallverarbeitung (BRD) ■ Detec AG, Panzerteile, Geschütze (BRD) ■ Diehl & Co., Lenk Waffen (BRD) ■ DRS Electro-Optical Systems Group, Laser-Sinter-Technologie (USA) ■ EADS, Europas größter Kriegswaffenproduzent (EU) ■ Electronic System- und Logistik GmbH (BRD) ■ Ford (USA) ■ General Dynamics Corporation, Panzer (USA) ■ Howaldtswerke – Deutsche Werft AG, U-Boote (BRD) ■ Industrieanlagen Betriebs-Gesellschaft mbH, (BRD) ■ Kraus-Maffei-Wegmann, Panzer (BRD) ■ J.F. Lehmann & Co, (USA) ■ Lockheed Martin, Flugzeuge, größter US-Rüstungskonzern (USA) ■ Mayer Brown Rowe & MAW, weltweites Anwaltskonsortium (USA) ■ Northrop Grumman Corp., Flugzeuge (USA) ■ Rheinmetall AG, Panzer, Kleinwaffen (BRD) ■ Rohde & Schwarz, Rüstungselektronik (BRD) ■ Rolls Royce, Triebwerke (BRD) ■ Siemens AG, Elektronik, Kommunikationstechnik (BRD) ■ Thales International, Panzer (Frankreich) ■ The Cohen Group, internat. Consultingunternehmen (USA) ■ The Mercury Group, Kommunikationsberatung und -systeme (USA) ■ The Scowcroft Group, Militärberatung (USA)

Stoppt Folter und Kriegsterror Für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit

Die jedes Jahr stattfindende sog. „Münchner Sicherheitskonferenz“ ist entgegen der Propaganda ihrer Veranstalter eine hochkarätige Kriegstagung. Im Münchner Nobelhotel „Bayerischer Hof“ geht es nicht um internationale Sicherheit. Die Konferenz dient ausschließlich der Vorbereitung und Propagierung weltweiter Kriegseinsätze der NATO-Staaten.

Versammelt sind Außen- und „Verteidigungs“-Minister, sogenannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der weltweit größten Rüstungskonzerne. Sie koordinieren Militärstrategien, sprechen weltweite Interventionspläne ab und schmieden Kriegskoalitionen:

1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien

2002 der „Krieg gegen den Terror“, der sich zu einem permanenten Krieg gegen den Rest der Welt ausgeweitet hat

2003 der Angriffskrieg gegen den Irak und in den folgenden Jahren ging es um die Absicherung der völkerrechtswidrigen und brutalen Besatzungsherrschaft im Irak und in Afghanistan.

Der Libanonfeldzug der israelischen Armee war für die US-Regierung Teil des Projekts der neokolonialen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens.

Die nächste militärische Aggression zielt auf den Iran.

Vier Monate vor dem Gipfel der G8-Staatschefs im Ostseebad Heiligendamm treffen sich in München die Militärstrategen der reichen und mächtigsten Staaten der Welt. Beide Gipfeltreffen verdienen eine gebührende Antwort: Massenhafte Protest und Widerstand.

Unsere Proteste richten sich gegen ihre Welt-Neuordnungskriege, gegen ihr System, das sich ausschließlich am Profit orientiert, ein Herrschaftssystem, das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht.

Die Herrschenden der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten erheben den Anspruch auf Kontrolle der weltweiten Öl- und Gasressourcen. Sie setzen ihre wirtschaftlichen Inter-



Tobias Pflüger, MdEP, am 3. Februar 2006 bei der Kundgebung auf dem Marienplatz

essen und globalen Machtansprüche notfalls auch mit militärischer Gewalt durch. Der „Krieg gegen den Terror“, mit dem auch Folter legitimiert werden soll, dient dafür als Vorwand. Die Folgen dieser Gewaltpolitik sind Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen weltweit. In ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die EU-Staaten auf die Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen ebenso wie die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts sowie die Errichtung von „Auffang-Lagern“ in Nordafrika. Vor den Toren Europas wird tödliche Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten ausgeübt.

Die Militarisierung der Außenpolitik, die Verschärfung der „Sicherheits“-Gesetze und der massive Sozialabbau gehen Hand in Hand.

Während der Militäretat erhöht wird, viele Milliarden für neue Waffensysteme und die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr ausgegeben werden, zerstört die Bundesregierung die Sozialsysteme. Damit einher gehen: Abbau der Bürgerrechte, Ausbau der Überwachungs- und Kontrollsysteme, Ausweitung der Polizei- und Geheimdienstbefugnisse bis hin zur Forderung nach Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Die Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben und bedroht alle gleichermaßen: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, – Menschen mit und ohne deutschen Pass.

Als breites Bündnis unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen sind wir Teil der weltweiten Widerstandsbewegung gegen soziale Demontage, gegen imperiale Vorherrschaft, gegen Rassismus und Aufrüstung, gegen Folter und Krieg. Wir lassen uns nicht spalten: Unsere Vielfalt ist unsere Stärke.

Zeigen wir den selbsternannten Weltherrschern, den Kriegsstrategen in München und den G8 in Heiligendamm*: Ihr seid hier und anderswo unerwünscht. Die Zeiten sind vorbei, dass Ihr Euch von der Öffentlichkeit weitgehend unbehelligt versammeln konntet. Eurer Politik setzen wir weltweit Protest und Widerstand entgegen.

Wir rufen dazu auf: Mischt Euch ein, gestaltet die Demonstration mit kreativen Beiträgen, beteiligt Euch an den Protesten und Gegenveranstaltungen in München!

* siehe: www.attac.de/heiligendamm07

Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten – Die Kriegsplaner dürfen nicht durchkommen!
Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht
Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jede deutsche Kriegsunterstützung
Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus
Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge und Migranten statt Stacheldraht und Lager – Fluchtursachen bekämpfen
Statt sozialer Demontage und Aufrüstung – Umverteilung von oben nach unten
Keine Lieferungen von Waffen und Kriegstechnologie – auch nicht in den Nahen und Mittleren Osten
No justice – No peace – Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!

Unterzeichner des Aufrufs (letzter Stand: 03.01.2007)

- AG Frieden von WASG u. Linkspartei.PDS, Baden-Württemberg
- AG International, Dorfen
- AK Aktiv gegen Rechts von ver.di München
- AKI – Arbeitskreis Internationalismus
- AnaRKoMM – AnarchistInnen u. RätekommunistInnen Mchn.
- Anatolische Föderation e.V.
- AntiFa Cham
- Anti-G8-Bündnis für eine revolutionäre Perspektive
- Attac München
- Augsburger Friedensinitiative
- Bayerischer Flüchtlingsrat
- BIFA – Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung
- Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel
- Büro für Soziale Bewegungen – Tobias Pflüger, MdEP
- Deutscher Freidenkerverband e.V. München
- Deutscher Freidenkerverband Bayern
- Deutscher Freidenkerverband e.V., Bundesverbands-Vorstand
- DFG/VK, Dt. Friedensges./Vereinigte Kriegsdsst.gegnerInnen, LV By.
- DFG/VK Wiesbaden
- DJDF Mchn., Föderation d. demokr. Arbeitervereine aus d. Türkei
- DKP – Deutsche Kommunistische Partei, München
- DKP, Bezirksverband Südbayern
- Dritte-Welt-Zentrum München e.V.
- ff – fortsetzung folgt!
- Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Gruppe Südbayern
- Friedensaktion Palästina, München
- Friedensbündnis Stralsund
- Friedensinitiative Bad Tölz / Wolfratshausen
- Friedensinitiative Traunstein / Trostberg / Traunreuth
- Friedensplenum /Antikriegsbündnis Tübingen
- GAM – Gruppe Arbeitermacht, Berlin
- Gegeninformationsbüro Berlin
- GEW – Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft, Stadtverbd. Mchn.
- IMI – Informationsstelle Militarisation, Tübingen
- Initiative Emanzipation ad Humanum, München
- Internationale KommunistInnen, Berlin
- Jugendgruppe Revolution, Berlin
- Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen
- KKE – Kommunistische Partei Griechenlands, KO München
- Kölner Aktionsbündnis gegen Krieg und Rassismus
- Internationale Sozialistische Linke (isl) München
- Libertad!Süd
- Linkspartei.PDS Bayern
- Linkspartei München
- Links! WASGeht, München
- Lokalföderation Mchn. d. Freien ArbeiterInnen-Union – FAU/IAA
- MI – Marxistische Initiative
- MLPD – Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, München
- MLPD, ZK
- Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus
- Münchner Flüchtlingsrat
- Münchner Friedensbündnis
- Münchner Gewerkschaftslinken
- Munich American Peace Committee
- Öffentl. Aufforderung zu gewaltfreiem Widerstand gg. Rüstg. u. Krieg
- Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München
- Palästina-Komitee München
- Radikale Linke, Köln
- RSB – Revolutionär Sozialistischer Bund – IV. Intern., München
- ver.di Bezirk München
- SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Bundesvorstand
- SDAJ München
- SDP – Plattform der sozialistischen Demokratie – Türkei
- SJD – Die Falken, Kreisverband München
- [solid], Regionalgruppe Cham
- Sozialistische Linke, Karlsruhe
- Venezuela Avanza, München
- VVN/BdA, KV Landshut
- VVN/BdA, Kreisvereinigung Wolfratshausen
- WASG München

www.gegen-krieg-und-rassismus.de
www.no-nato.de
www.muenchner-friedensbuendnis.de
www.attac-muenchen.org



Schluss mit den Auslands-Einsätzen der Bundeswehr!

Die Bundeswehr versinkt immer mehr im Sumpf von Krieg und Besatzung.

Die Leichenschändungen durch deutsche Gebirgsjäger in Afghanistan, die Kooperation des Kommando Spezialkräfte (KSK) mit US-Truppen und der CIA bei Folterungen und Misshandlungen von Gefangenen liegen in der Logik dieser Politik. Es ist der ganz normale Wahnsinn einer Besatzungsarmee, die ihre Macht und Überlegenheit gegenüber den Beherrschten ausspielt und Aufständische bekämpft.

Rund 9.000 Bundeswehr-Soldaten sind derzeit auf dem Balkan, in Afrika, im Nahen Osten und in Zentralasien im Einsatz, und wenn es nach der Bundesregierung geht, sollen es noch mehr werden.

Der größte Bundeswehr-Einsatz ist der in Afghanistan. Die sogenannte „Friedens- und Stabilisierungsmission“ der NATO-geführten ISAF-Truppe ist jedoch das Gegenteil von dem, was sie vorgibt. Was als „Wiederaufbau Afghanistans“ angepriesen wird, erweist sich immer deutlicher als die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen der NATO-Großmächte mit Hilfe ihrer Besatzungstruppen. Die Homepage des Auswärtigen Amtes nennt als „Schwerpunkte“ der Zusammenarbeit mit der vom Westen eingesetzten Karsai-Regierung: „die Entwicklung der Privatwirtschaft und marktwirtschaftlicher Strukturen“. Die afghanische Bevölkerung erlebt jetzt, was das bedeutet: ausländische Firmen dominieren die Wirtschaft des Landes, westliche Konzerne übernehmen afghanische

Fabriken, gleichzeitig steigen die Preise für den täglichen Bedarf ins Unermessliche. Mehr als 90 Prozent der Waren auf dem afghanischen Markt stammen aus Importen.

Die Heroinbarone, die in den Staatsapparat integriert sind, nutzen die neuen Wirtschaftsstrukturen zur Geldwäsche, investieren in Hotels, Grundstücke und importierte Luxusgüter für die zahlungskräftigen Ausländer. Ohne jede wirtschaftliche Alternative ist für die meisten Bauern der Mohnanbau die einzige Existenzgrundlage; so geraten sie in völlige Abhängigkeit von der Drogenmafia.

Zunehmende Armut und die Abhängigkeit von den Besatzern sind der Nährboden dafür, dass, ähnlich wie im Irak, der Widerstand im-

mer größere Unterstützung durch die Bevölkerung erfährt. Als NATO-Protektorat hat Afghanistan weder eine politische noch eine ökonomische Perspektive, geschweige denn Aussicht auf Frieden. Was die afghanische Bevölkerung braucht, sind nicht noch mehr Bundeswehrtruppen und Ausweitung des Krieges, sondern Hilfe für eine eigenständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung. ■

Zum Thema siehe:
www.imi-online.de, Artikel in: IMI-Magazin 2/2006 (Claudia Haydt), 10/2006 (Jürgen Wagner).
 Zu Dr. Martin Baraki: entweder über www.google.de oder: www.staff.uni-marburg.de

Angriffskrieg als regierungsoffizielle Sicherheitsdoktrin

Der Aachener Friedenspreis e.V. hat Strafanzeige gegen die Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung wegen Vorbereitung von Angriffskriegen gestellt. Die Kläger beziehen sich auf die am 25. Oktober 2006 vom Bundeskabinett verabschiedete Militärdoktrin im neuen Bundeswehr-Weißbuch (www.weissbuch.de). Darin werde der Bundeswehr „die Rolle einer weltweit einzusetzenden und präventiv handelnden Interventionsarmee“ zugewiesen. Dieser Aufgabe dienen auch die Planungen zur Ausrüstung der Bundeswehr mit offensiven Waffensystemen und Transportmitteln. Die neue Militärdoktrin verstoße sowohl gegen die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht als auch gegen die UN-Charta und das Völkerrecht.

Von Landesverteidigung – laut Grundgesetz die einzige Aufgabe der Bundeswehr – ist in dem Weißbuch nicht mehr die Rede. Auch die bisherige Praxis der Beteiligung und Unterstützung völkerrechtswidriger Kriege – wie gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak – legitimieren die Bundesregierung nicht dazu, Interventionen und Angriffskriege als offizielle Sicherheitsdoktrin Deutschlands zu verkünden.

Schon vor einem Jahr hat eines der höchsten Gerichte, das Bundesverwaltungsgericht Leip-

zig, die Unterstützungsleistungen Deutschlands für die US-amerikanischen und britischen Truppen im Irakkrieg als „Beihilfe“ und als „völkerrechtswidriges Delikt“ gebrandmarkt. Damals ging es um die Gewährung von Überflugrechten, die Nutzung von US-Stützpunkten in der Bundesrepublik als Basis und Drehscheibe für die Militäroperationen gegen den Irak, um die AWACS-Einsätze der Bundeswehr und die Bewachung von US-Militäreinrichtungen, und um den Geleitschutz für US-Kriegsschiffe durch die Bundesmarine. Die Bundesregierung hätte jegliche Unterstützung für den Krieg verweigern müssen. Sie hätte die Nutzung amerikanischer Stützpunkte als Basis für Militäroperationen „notfalls mit Gewalt“ verhindern müssen. Dieses Urteil hatte freilich keinerlei Konsequenzen.

Dient die Bundeswehr als Sicherheits-Sheriff für den Energie-Nachschub?

Das Weißbuch entwirft eine Sicherheitsstrategie, bei der auffällig offen die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen als Kernbereich deutscher Außenpolitik bezeichnet wird. Ausdrücklich wird hervor gehoben: das „besondere Interesse an einer sicheren Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen“, an sicherer Energieversorgung, die „von strategischer Bedeutung

für Deutschland und Europa“ ist, und dass „die Sicherheit der Energie-Infrastruktur gewährleistet werden muss“. Risiken und Bedrohungen müsse deshalb mit „präventivem Handeln“ und unter Einbeziehung des „gesamten sicherheitspolitischen Instrumentariums“ begegnet werden. Dazu gehören „militärische Mittel und, wenn geboten, auch bewaffnete Einsätze.“ (Weißbuch, Seite 22/23/25).

Der neue Auftrag der Bundeswehr heißt Krieg, wenn deutsche Wirtschaftsinteressen ihn für geboten halten. Im Weißbuch steht: „Die Bundeswehr sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands. ... Daraus ergibt sich eine strikt einsatzorientierte Ausrichtung der Bundeswehr. Sie ist so weiter zu entwickeln, dass die Streitkräfte uneingeschränkt im multinationalen Feld operieren können.“ (Weißbuch, Seite 82) ■



„In diesen Zeiten, in denen im Namen der Freiheit und Demokratie wieder weltweit Kriege geführt, Zivilisten entführt und Menschen gefoltert werden, dürfen wir keine Ruhe geben. In diesen Zeiten, in denen im Namen der Menschenrechte die Menschenrechte abgeschafft werden, sollten wir gemeinsam und laut auf die Straßen gehen – ob hier in München gegen die Nato-Sicherheitskonferenz im Februar oder im Juni in Heiligendamm gegen das Treffen der G8 und unüberhörbar klar stellen: Es reicht! Lasst uns für eine gerechtere und solidarische Welt von unten streiten und mit aller Kraft dem neoliberalen Zynismus endlich das Ende seiner Geschichte bereiten.“

Konstantin Wecker

Deutsche Kooperation mit Folterspezialisten

Die US-Folterpraxis⁽¹⁾, dokumentiert durch Hunderte von Fotos aus Abu-Ghraib, hat für kurze Zeit weltweite Empörung ausgelöst; geächtet oder gar abgeschafft ist die Folter dennoch nicht.

Dutzende von Staaten sind in das geheime CIA-Foltersystem involviert. Solche, die Kerker und Folterspezialisten zur Verfügung stellen und andere, wie die Bundesrepublik Deutschland, die CIA-Gefangenentransporte mit Zwischenstopps in Ramstein und Frankfurt dulden, die an Verhören teilnehmen und von Geständnissen profitieren, die durch Folter erpresst sind.

■ Die Kommandozentrale für die illegalen CIA-Flüge durch Europa zum berüchtigten US-Gefangenenlager Guantanamo ist das Haupt-

quartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa, das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen. Laut CIA-Ausschuss im Europaparlament waren es „mindestens 1245“ solcher Flüge, die durch den europäischen Luftraum führten oder direkt von europäischen Flughäfen gestartet wurden.

■ Deutsche Behörden – BND und BKA-Leute – haben gekidnappte und verschleppte Gefangene in Guantanamo und in den Foltergefängnissen Syriens und Afghanistans verhört. Im Fall des entführten und gefolterten Murat Kumaz wurde erneut die Verstrickung der deutschen Elitetruppe „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) mit US-Truppen und CIA deutlich.

■ Die Bundesregierung arbeitet zudem eng mit dem autoritären Regime und dem Geheim-



Protestaktion gegen die Folter während der Großdemonstration 2006: Der Anblick der ca. 30 in orangefarbene Overall geschnürten „Guantanamo-Häftlinge“ erregte derart großes Aufsehen, dass auch die Polizei nicht versuchte, gegen die entsprechend vermummten Darsteller einzuschreiten.

dienst in Usbekistan zusammen. Dorthin werden gefangen genommene Verdächtige aus Afghanistan gebracht. „Die Usbeken foltern diejenigen, die ihnen (von uns) genannt wurden

und versorgen uns mit Informationen“, sagt der frühere britische Botschafter in Usbekistan. Deutschland profitiert davon. ⁽²⁾

Dreh- und Angelpunkt der engen Beziehungen zur Diktatur Usbekistans ist der Bundeswehr-Luftwaffenstützpunkt „Termez“, über den der gesamte Nachschub für die NATO-Truppen in Afghanistan abgewickelt wird.

Deutschland ist nicht nur Mitwisser, sondern auch Mitspieler im weitverzweigten Foltersystem. Damit nichts davon an die Öffentlichkeit dringt, hat die Bundesregierung mit den USA strengste Geheimhaltung vereinbart. ⁽³⁾ ■

⁽¹⁾ Das „Kubark-Handbuch“ der USA (1963) dient als Vorbild. Näheres s. „Die Folter hat System“ über www.google.de (Stichwort „Folter“)

⁽²⁾ Aussage von Craig Murray, dem ehemaligen britischen Botschafter in Usbekistan vor dem CIA-Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments, April 2006

⁽³⁾ Aussage des früheren Innenministers Otto Schily vor dem gleichen Ausschuss

Keine deutschen Waffen an Kriegsparteien!

Deutschland ist mit Waffenlieferungen tief in den Nahost-Konflikt verstrickt.

Für die Bodenoffensive im Südlibanon hat die israelische Armee den Kampfpanzer Merkara eingesetzt. Kanonenrohre, Elektronik, Panzerung, Getriebe und Motoren stammen entweder aus deutschen Direktlieferungen oder aus Lizenzproduktion US-amerikanischer Zwischenfirmen.

F16-Jagdbomber und Apache-Kampfhubschrauber, die bei der Bombardierung der Palästinensergebiete zum Einsatz kommen, sind mit deutscher Hightech-Elektronik ausgerüstet.

Dieselmotoren israelischer Kriegsschiffe stammen ebenfalls aus deutscher Produktion. U-Boot-Lieferungen haben inzwischen „Tradition“.

Bereits in den 1970er Jahren wurden drei U-Boote der GAL-Klasse geliefert. Zwischen 1998 und 2000 folgte die Lieferung von drei weiteren U-Booten der Dolphin-Klasse, die zu 80

Prozent aus dem Bundeshaushalt finanziert wurden und für den Abschuss atomar bestückter Raketen umgerüstet werden können. 2006 genehmigte die Bundesregierung den Verkauf von zwei weiteren U-Booten nach Israel.

Derzeit laufen Verhandlungen über die Lieferung von mehr als hundert Panzerfahrzeugen vom Typ Dingo 2. Folgerichtig hat die Bundesregierung wenige Tage nach dem Überfall Israels auf den Libanon in der UNO gegen einen sofortigen Waffenstillstand gestimmt. Die EU-Finanzhilfen für die gewählte palästinensische Regierung wurden gestrichen.

Waffenlieferungen und Rüstungskooperation gibt es bereits seit langem auch mit mehreren arabischen Staaten. Deutsche Firmen waren an Projekten zur Herstellung chemischer Waffen in Libyen und im Irak beteiligt. Das G3-Sturmgewehr von Heckler & Koch wird in Lizenzproduktion vom Iran hergestellt. Saudi-Arabien

bezieht seit Jahren Waffen aus Deutschland. Das größte der bisherigen Rüstungsgeschäfte, die Lieferung von 72 Eurofighters, wurde im Sommer 2006 abgeschlossen.

Waffenlieferungen in den Nahen Osten, insbesondere an kriegführende Staaten wie Israel, dienen nicht der Lösung, sondern der weiteren Verschärfung des Israel-Palästina-Konflikts und der Eskalation militärischer Auseinandersetzungen.

In der Berliner Erklärung „Shalom 5767“* vom November 2006 haben in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden Forderungen erhoben, die von der Bundesregierung nicht länger ignoriert werden dürfen:

„Wir fordern die deutsche Regierung auf, mit der Europäischen Union

● die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren,

● den Boykott der palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden,

● endlich die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben, in Gaza und dem gesamten 1967 besetzten Westjordanland einschließlich Ostjerusalems, mit voller Souveränität und freiem Verkehr.

Es ist an der Zeit, diese Spirale der Gewalt zu durchbrechen und einer dauerhaften Friedenslösung den Weg zu bereiten, die

● dem palästinensischen Volk ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht,

● beiden Nationen die Existenz in international anerkannten Grenzen sichert,

● die gesamte Region befriedet und dadurch die ganze Erde friedlicher und sicherer werden lässt.“ ■

* Text und Unterstützungsmöglichkeit: www.schalom5767.de

VERANSTALTUNGEN • AKTIONEN • DEMOS

FREITAG, 19. JANUAR 2007

19³⁰ Uhr EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80 **AFGHANISTAN – 5 JAHRE UNTER NATO-BESATZUNG. EINE BILANZ**

Diskussionsveranstaltung mit **Dr. Matin Baraki**

Dr. Matin Baraki, ein profunder Kenner Afghanistans, lehrt internationale Politik an den Universitäten Marburg, Gießen und Kassel. Er beleuchtet die strategischen Ziele der USA und der EU-Staaten in Zentralasien und die aktuelle Situation im NATO-Protektorat Afghanistan. Welchen Zwecken dient der Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch? Eintritt: 3.–/2.– Euro.

Veranstalter: Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus
In Zusammenarbeit mit dem Kurt-Eisner-Verein für Politische Bildung in Bayern als Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung

MITTWOCH, 24. JANUAR 2007

19⁰⁰ Uhr EineWeltHaus, Schwanthalerstraße 80 **ZUKUNFT DER NATO: ZIVIL-MILITÄRISCHE BESATZUNGSTRUPPE?**

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG mit **J. Wagner**, IMI

Derzeit erarbeitet die NATO ein neues strategisches Konzept, das zu ihrem 60. „Geburtstag“ 2009 beschlossen werden soll. Der Westen ist auf dem Weg zur Rekolonialisierung der restlichen Welt. Welche Rolle spielt die NATO dabei?

Veranstalter: BIFA – Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung, Münchner Friedensbündnis und Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

SAMSTAG, 27. JANUAR 2007

18⁰⁰ Uhr Kath. Hochschulgemeinde, Leopoldstr. 11 **WIR SICHERN UNSER EIGENTUM – WELTWEIT!**

POLITISCHES SAMSTAGSGEBET mit **Conrad Schuhler**

FRIEDENSKONFERENZ 2007

Veranstalter: DFG/VK München u.a., Info: www.friedenskonferenz.info/

FREITAG, 2. FEBRUAR 2007

19⁰⁰ Uhr Alter Rathaussaal, Marienplatz **INTERNATIONALES FORUM WEGE ZUR SICHERHEIT OHNE MILITÄRISCHE GEWALT**

mit **Clemens Ronnefeldt** Referent des Versöhnungsbunds
Prof. Johan Galtung Friedensforscher, Norwegen
Dr. Bernd Niehaus Botschafter der Rep. Costa Rica (angefr.)
Prof. H.-Peter Dürr Vors. Global Challenges Network

Freiwilliger Kostenbeitrag: 5.– bzw. 3.– Euro

SAMSTAG, 10. FEBRUAR 2007

19⁰⁰ Uhr DGB-Haus, Schwanthalerstraße 64 **AKTUELLE RUNDE ZUR MÜNCHNER KONFERENZ FÜR SICHERHEITSPOLITIK**

mit **Prof. Hans-Peter Dürr**, **Jan Oberg** Friedensforscher, Schweden, **Regina Hagen** Trägerkreis Atomwaffen abschaffen, **Wolfgang Lohbeck** Greenpeace Deutschland

SPENDEN

Neben vielen ehrenamtlichen Arbeiten kosten Plakate, Flugblätter, diese Massenzeitung und die Demonstration selbst viel Geld. **Spendet also großzügig!**

SPENDENKONTO:

Martin Löwenberg, **Kto.-Nr.: 28264802**
Postbank München, **BLZ: 700 100 80**

Stichwort:
„no-nato“

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Infos: www.no-nato.de · www.muenchner-friedensbuendnis.de
www.attac-muenchen.org · www.gegen-krieg-und-rassismus.de

Kontakt: Friedensbüro, Isabellastr. 6, 80798 München, Fax: 089 - 271 59 17
GegenKriegEMail@aol.com

Materialbestellung (Plakate und Massenzeitung): **089-271 59 17**

Redaktion: Wolfgang Blaschka, Walter List, Bernd Michl, Claus Schreer

Fotos: Andreas Bock, Zeichnungen: Bernd Bücking, Matthias Weinzierl, Claus Schreer

Gestaltung: Wob, Herausgeber: Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, Druck: Union Druckerei Berlin GmbH

DIENSTAG, 6. FEBRUAR 2007

15⁰⁰ UHR DEMO **„KRIEG IST GEIL“**

VOM STACHUS ZUM BAYERISCHEN HOF

Gespensterzug der Rüstungsmafia unter dem Motto:
„Für den Profit der Reichen gehen wir über Leichen“
Begleitet vom wütenden Volk.

MITTWOCH, 7. FEBRUAR 2007

19⁰⁰ UHR GEGENKRIEGS-FORUM IM EINEWELTHAUS

mit **Thanassis Pafilis**, MdEP, Generalsekretär des Weltfriedensrates, **Conrad Schuhler**, Journalist
Tobias Pflüger, Mitglied der Linksfraction im Europäischen Parlament
Florian Pfaff, Angriffskriegsverweigerer, **Lühr Henken**, Hamburger Friedensforum

Die Referenten beleuchten die politischen und ökonomischen Interessen der Machteliten der NATO-Staaten, die mit Krieg und Besatzung ihre weltweite Vorherrschaft sichern wollen, und dadurch alle Menschen auf dem Globus bedrohen. Das Forum

eröffnet darüber hinaus die Debatte um Alternativen, um einen Gegenentwurf zur herrschenden Politik und über Strategien zur Entwicklung einer starken Gegenbewegung.

Veranstalter: Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

DONNERSTAG, 8. FEBRUAR 2007

16⁰⁰-19⁰⁰ FRIEDENSMAHNWACHE MÜNCHNER FRIEDENSBÜNDNIS

MARIENPLATZ

FREITAG, 9. FEBRUAR 2007

16⁰⁰ UHR PROTESTKUNDGEBUNG ZUR ERÖFFNUNG DER NATO-KRIEGSTAGUNG

MARIENPLATZ

SAMSTAG, 10. FEBRUAR 2007

12⁰⁰ UHR AUFTAKTKUNDGEBUNG MARIENPLATZ

GROSSDEMONSTRATION

ZUM TAGUNGSPORT DER NATO-KRIEGS-STRATEGEN IM BAYERISCHEN HOF



NACH DER DEMO

16⁰⁰ UHR CHILL-OUT-PARTY mit DJ und Vokü IN DER KNEIPE FEUCHTWANGER

WESTENDSTRASSE 47

EINLASS

20⁰⁰ UHR BAYERNS GRÖSSTE ANTI-NATO-PARTY IM FEIERWERK DISKO GEGEN KRIEG

HANSASTRASSE 39-41

OrangeHouse ab 20 Uhr: dis*ka – commodore rock [münchen] · film2 – music – words – film, konzert mit betty la gachette und renault schubert [berlin] · the baboonz (angefragt) – ska & punkrock [regensburg] · ab 24 Uhr – open end: djs mit soul, punk und ska

SunnyRed ab 20 Uhr: demo chill-out lounge mit ska, rap und alternative music · ab 24 Uhr im SunnyRed – open end: elektronisches mit volxvergnügen (angefragt) und weiteren djs · Es gibt selbstverständlich auch wieder eine Vokü mit leckerem Essen!

VON MÜNCHEN NACH HEILIGENDAMM

Im Juni 2007 findet das Treffen der selbst ernannten Weltherrscher in Heiligendamm bei Rostock statt. In der Bundesrepublik und vielen anderen europäischen Ländern hat sich ein Bündnis der verschiedensten gesellschaftlichen Organisationen, Gruppen und Netzwerken formiert, um gegen die menschenverachtende und zerstörerische Politik der G8 zu demonstrieren.

Unter dem Dach dieses Bündnisses werden sich vom 2. bis zum 8. Juni in und um Rostock Zehntausende versammeln. Geplant sind: eine gemeinsame Massendemonstration, ein dreitägiger Alternativgipfel, Blockaden und Aktionen zivilen Ungehorsams sowie ein Dauercamp und ein großes Rockkonzert.

Ein wichtiger Ort der Proteste wird das Bombodrom sein, ein 140 km² großes Gelände in der Kyritz-Rupiner Heide südlich von Rostock, das die Bundeswehr gegen die vielfältigen Proteste der örtlichen Bevölkerung als Bombenabwurfplatz nutzen will. Ebenso der Militärflughafen Rostock-Laage, Standort des Jagdgeschwaders 73 „Steinhoff“ und Startbahn für die Eurofighter. Hier werden aber auch einige der G8-Regierungschefs einschweben.



DIE SELBST ERNANNTEN
WELTHERRSCHER

Ausführliche Infos: www.G8-2007.de
& www.attac.de/heiligendamm07